



DIRECTION DE LA NATURE ET DES PAYSAGES
Affaires Internationales

ERGEBNISPROTOKOLL
Ministersitzung
Alpenkonferenz
Chambéry, 20. Dezember 1994

I - Beitritt des Fürstentums Monaco zur Alpenkonvention

Der französische Vorsitz unterbreitet das Protokoll zum Beitritt des Fürstentums Monaco den verschiedenen Ländern, die das Protokoll akzeptieren und unterzeichnen.

II - Eingreifen des Fürstentums Monaco (durch Regierungsrat)

Für Monaco stellt die Konvention eine sinnvolle Antwort zum Erhalt der alpinen Ökosysteme im Sinne einer dauerhaften Entwicklung dar. Sie unterstreicht die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Alpenländern.

Hierauf erfolgt die Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls durch alle Minister.

III - Erklärung Österreichs

Österreich teilt seine Zurückhaltung gegenüber den drei während dieser Sitzung zur Unterschrift vorgelegten Protokollen mit.

IV - Unterbrechung der Sitzung zu einer letzten Abstimmung unter den Ministern

Die Minister beraten unter Ausschluss der Öffentlichkeit zur Festlegung einer Stellungnahme.

V - Prüfung der Protokolle

Österreich, Deutschland und Liechtenstein haben die Alpenkonvention bereits ratifiziert. Die anderen Länder werden gebeten, dies vor dem 6. März 1995 zu tun.

Von den fünf in Angriff genommenen Protokollen sollen sich die Minister zur Annahme von dreien äussern (Berglandwirtschaft, Raumplanung, Naturschutz).

Es ergreifen nacheinander folgende Minister das Wort : Deutschland, Italien, Liechtenstein, das Fürstentum Monaco, Slovenien, die Schweiz, Österreich, die Europäische Union, Frankreich.

Anschliessend die Beobachter : CIPRA, Europarat, IUCN, COTRAO, Association Européenne des Elus de la Montagne, Communauté de Travail des Villes des Alpes, Fédération Internationale des Associations Nationales d'Exploitants de Téléphériques.

Deutschland, Italien, Frankreich und Slovenien wollen bereits heute die drei Protokolle unterzeichnen.

Liechtenstein

Liechtenstein hält einen Ausgleich zwischen Wirtschaft und Umweltschutz für erforderlich. Es erscheint ihm unerlässlich, der Alpenbevölkerung annehmbare, solide und nachhaltige Entwicklungsbedingungen einzuräumen.

Mit Hilfe der Konvention wird es möglich sein, Richtpunkte zur Verbesserung des Lebens im Alpenraum zu setzen.

Obwohl Liechtenstein von den wohlbegründeten Zielen der drei Protokolle überzeugt ist, hat es nicht die Absicht, diese im Moment zu unterzeichnen, da es die Unterstützung seiner Bevölkerung und seiner Nachbarstaaten benötigt.

Österreich hält es für angebracht, den Inhalt dieser Protokolle weiter zu entwickeln. Es ist unerlässlich, zur besseren Informationsverbreitung ebenfalls die Teilnahme aller NGOs und GOs zuzusichern.

Das Fürstentum Monaco

Es wünscht, alle drei Protokolle zu unterzeichnen. M. BARNIER unterstreicht, dass das Fürstentum bereits an den Arbeiten der Expertengruppen teilgenommen hat.

Die Schweiz

Sie wünscht einen Alpenschutz, der mit einer der Ortsbevölkerung angepassten sozio-ökonomischen Entwicklung gekoppelt ist. Sie begrüsst die Alpenkonvention, die eine gemeinsame Politik zwischen den Alpenpartnern gestattet.

Die Schweiz erinnert jedoch daran, dass sie 1991 bei der Konferenz in Salzburg Vorbehalte geäußert hat.

Die Abstimmung in den Kantonen hat in der Tat eine geteilte Schweiz zu Tage gebracht.

Infolgedessen hat die Schweiz Vorschläge gemacht, den Begriff der nachhaltigen Entwicklung und der sozio-ökonomischen Probleme in den Protokollen zu beachten.

Da die Protokolle "Verkehr" und "Tourismus" noch nicht fertiggestellt sind, weigert sie sich zur Zeit, die drei ersten Protokolle zu unterzeichnen.

Die Kantone wünschen jedoch, die Arbeiten der Konvention fortzusetzen.

Die Schweiz hofft, dass der nachhaltigen Entwicklung in den Protokollen ein vorrangiger Platz eingeräumt wird.

Österreich

Österreich teilt zunächst sein grosses Interesse an der Konvention mit : es hat als erstes Land die Ratifikation eingeleitet.

Da Österreich sehr um seinen Umweltschutz bemüht ist, bedauert es umso mehr, dass es kein Einvernehmen im Bereich Verkehr gibt. Im Rahmen der EG hat es bereits ein Transitabkommen geschlossen.

Österreich wünscht, dass die Alpenländer seine Besorgnis beachten und eine zufriedenstellende Formulierung des Verkehrs-Protokolls finden.

Es ist der Ansicht, dass das Verkehrswesen kein nationales sondern ein europäisches Problem ist.

Infolgedessen beantragt es Änderungen an diesem in der Ausarbeitung befindlichen Protokoll. Österreich wünscht jedoch, dass dieses Protokoll im Laufe des ersten Semesters 1995 abgeschlossen wird.

Bis zu diesem Termin weigert sich Österreich, die anderen Protokolle zu unterzeichnen.

Die Europäische Gemeinschaft

Sie kann die fertiggestellten Protokolle, die zu dem fünften europäischen Aktionsprogramm gehören, unterzeichnen.

Europarat

Der Europarat erwähnt die europäische Charta der Berggebiete, deren Ziel die Umsetzung einer Raumplanungspolitik und die Entwicklung neuer wirtschaftlicher mit der Bergumwelt zu vereinbarenden Aktivitäten ist.

Diese europäische Charta wird durch die Alpenkonvention nicht überflüssig : die erstere hat in der Tat eine weitaus grössere Anwendung während die zweite alpenspezifischere Massnahmen ergreift.

Der Europarat ist der Meinung, dass sich die beiden Systeme ergänzen.

Die Beobachter

CIPRA

Nach ihrem Urteil befindet sich die Konferenz in einer Krise, sie ist über die Ablehnung gewisser Länder bezüglich der Unterzeichnung der ersten Protokolle enttäuscht. Sie bedauert das fehlende Einverständnis über das Verkehrswesen.

Sie ist ausserdem der Meinung, dass die Alpenbevölkerung nicht ausreichend beachtet wurde.

Sie schlägt eine doppelte Strategie vor:

- sie regt an, den Unterzeichnungs- und Ratifikationsprozess fortzusetzen
- sie lädt ein, ein Programm mit sofortigen Massnahmen auszuarbeiten und hält ein Arbeitsprogramm für nützlich, welches alle Probleme der Protokolle umfasst um konkrete Aktionen zu erreichen.

Sie wünscht die Teilnahme der Gebietskörperschaften und der sozio-ökonomischen Kreise bezüglich des Verkehrsprotokolls.

Die CIPRA ist zu einem Treffen mit den betroffenen Ministern bereit, um über ein solches ein Aktionsprogramm, was zwangsläufig kostspielig würde, zu entscheiden.

UICN

Sie bedauert, dass keine Einstimmigkeit zur Unterzeichnung der drei Protokolle besteht und hofft, dass die Länder, die nicht unterzeichnen, ihr Einverständnis geben.

informiert,
betätigt

Auswahl der Prot.

Interjor,

Reg. Konj. & Info.

Sie bittet um die Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsprogramms der Alpenländer.

Die UICN bietet an, mit ihren technischen Kenntnissen die Arbeiten zu unterstützen.

ARGEALP

Sie hält das Beobachtungssystem der Alpen zur Sammlung der Umweltdaten für wichtig.

COTRAO

Die COTRAO sieht den Nutzen der Alpenkonvention darin, dass die Besonderheit der Alpen mit der doppelten Bedingung anerkannt wird :

- einer Teilnahme der Gebietskörperschaften
- dem Recht der Bevölkerungen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aktivitäten unter Beachtung der Umwelt zu entwickeln.

Sie stellt einen Fortschritt in der Beachtung der nachhaltigen Entwicklung und einer besseren Beteiligung der Gebietskörperschaften fest. Die Vorkehrungen müssen jedoch noch ausgearbeitet werden, um schnell zu einer Einigung bezüglich Tourismus und Verkehrswesen zu gelangen.

AEM

Der Umweltschutz ist untrennbar von der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung.

Aber es sind besondere Massnahmen je nach den verschiedenen Alpengebieten, der Bedeutung der Entwicklung, den Schutzmassnahmen oder der Verbindung von beiden erforderlich.

Die AEM bedauert beides :

- sowohl eine zu begeisterte Aufnahme der Schweizer Vorschläge
- als auch eine Spaltung zwischen den Zentral- und Ostalpengebieten.

Communauté de Travail des Villes des Alpes

Nach ihrer Meinung vertritt die Alpenkonvention eine zu schematische Ansicht der Besonderheit der Alpen.

Sie würde eine stärkere Einflechtung der Gebietskörperschaften in die Ausarbeitung der Protokolle begrüssen.

FIANET

Sie bedauert, dass nur drei der fünf Protokolle zum heutigen Tag fertiggestellt wurden. Tourismus und Verkehr sind ihrer Meinung nach von grosser Bedeutung.

Sie wünscht :

- in der gleichen Gesinnung weiterzuarbeiten um zum Abschluss der anderen Protokolle zu kommen,
- weiterhin die Teilnahme der sozioprofessionellen Organismen.

VI - Übergabe der Präsidenz

Die anwesenden Länder danken Frankreich. Für die zwei kommenden Jahre wird an Slovenien der Vorsitz übergeben. Slovenien hofft, einen tatsächlichen Beitrag zu den Arbeiten der Konvention zu liefern. Eine seiner Hauptaufgaben besteht darin, die fertigzustellenden Protokolle zu harmonisieren indem die Meinungen der NGOs eingefügt werden und die Zusammenarbeit der verschiedenen Alpenländer begünstigt wird.

Der Vorsitz des Alpen-Beobachtungssystems wird Italien anvertraut.